



geknechtet. Die Verpflichtung zur Kompetenzerhaltung dient nicht den Patienten, sondern ausschließlich der Stabilisierung eines maroden, entmenschlichten Gesundheitswesens, das programmatisch von Begriffen wie Kostendämpfung und Beitragsatzstabilität beherrscht wird.

Ärzte und Zahnärzte werden in diesem System als „Leistungserbringer“ entpersonalisiert, in Wirklichkeit erbringen hier Menschen Höchstleistungen. Doch die erbrachte Leistung lohnt sich für die Ärzte und Zahnärzte selbst weder materiell noch immateriell. Sie werden für ihre Leistung nicht adäquat vergütet, müssen unter Budgetzwängen arbeiten und sehen sich darüber hinaus auch noch einem „institutionalisierten Sozialneid“ ausgesetzt. Innerhalb des Berufsstandes entwickelte trag- und zukunftsfähige Konzepte, wie das der befundorientierten Festzuschüsse, werden von der Politik weitgehend negiert. Und dies geschieht in einem eigentlich innovativen und „Wachstumsmarkt Gesundheit“ mit vier Mio. Beschäftigten.

„Sind Sie noch aus vollem Herzen Arzt? Brennt die Flamme noch in Ihnen?“, fragte der Präsident ins Auditorium. Arztsein heißt Arbeit mit Menschen. Gleichzeitig ist der Arzt Unternehmer – mit allen Chancen und Risiken – und Freiberufler mit Selbstverantwortung und Selbstverpflichtung. „Doch nur solange der Freie Berufe ‚frei‘ ist, können Ärzte von Mensch zu Mensch ihre Patienten behandeln. Zünden Sie das Feuer an, kämpfen Sie für die freiberufliche Berufsausübung“, so sein abschließender kämpferischer Appell.

Bundesrepublik muß umsteuern

Dr. Wolfgang Heubisch, der aus dem Amt scheidende Vizepräsident der BLZK, schlug in dieselbe Kerbe wie Schwarz. Die Planwirtschaft habe die soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards derzeit okkupiert und müsse abgebaut werden. Als Präsident des Verbandes der Freien Berufe in Bayern forderte auch er: „Kämpfen Sie mit dafür, daß die Bundesrepublik umsteuert. Daß Gängelei und Nullrunden verschwinden.“

Die Vollversammlung der BLZK verabschiedete im Anschluß daran mit überwältigender Mehrheit eine Resolution an die Adresse der Bundesregierung, die sich gegen „planwirt-



Der neue Vorstand der Bayerischen Landeszahnärztekammer (jeweils v.l.n.r.): in der ersten Reihe: Dr. R. Schott, Dr. M. Förster, Präsident M. Schwarz, dahinter: Dr. K. Kocher, Dr. M. Rottner, Vizepräsident Ch. Berger, oben (teilweise verdeckt): Dr. Ch. Öttl, Dr. F. Portugall (bis Januar 2003), Dr. H. Michel, Dr. M. Zschiesche, Dr. C. Durlak, Prof. G. Schmalz und Zahnarzt Th. Thyroff.

schaftliche Eingriffe in das Vergütungssystem wendet, die Existenzen und Arbeitsplätze vernichten“. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die „notwendigen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems zu treffen“.

Weiterbildungsordnung verabschiedet

Nahezu einstimmig und zur Freude aller wurde ebenfalls am 30. November die neue Fassung der Weiterbildungsordnung befürwortet. Prof. mult. Dieter Schlegel, der die Arbeit an der Änderung der Weiterbildungsordnung über Jahre hinweg begleitete, hatte vor der Abstimmung eindringliche Worte an die Delegierten gerichtet: „Stimmen Sie mit überwältigender Mehrheit der neuen Weiterbildungsordnung zu. Stellen Sie Änderungen im Detail zugunsten des großen Zieles zurück. Vor allem im Interesse der jungen Kollegen.“ Im letzten Jahr hatte die Vollversammlung der Bayerischen Landeszahnärztekammer bereits eine weitgehende Liberalisierung der Weiterbildungsordnung beschlossen. Kernforderungen: Abschaffung des Klinikjahres, Möglichkeit der berufsbegleitenden Weiterbildung und Entbürokratisierung im Sinne einer Vereinfachung des Verfahrens. Diese Fassung war von der aufsichtsführenden Behörde nicht genehmigt worden. Unter anderem war dabei ins Feld geführt worden, daß mit der Änderung eine Qualitätsverschlechterung in der Weiterbildung der bayerischen